

Dietrich Heißenbüttel

Denn sie tun nicht, was sie wissen

Sind Architekten und Planer Entwicklungen ausgeliefert, die sie nicht beeinflussen können? Dies versuchte das 42. Wechselgespräch des BDA Baden-Württemberg zu ergründen.

Zuerst kommt die Bauleitplanung: Flächennutzungsplan und Bebauungsplan müssen entwickelt, diskutiert und beschlossen werden. Eine wichtige Frage ist immer, wem der Grund und Boden gehört. Beteiligungsverfahren und Wettbewerbe: Wenn etwa ein Bedarf an Wohnraum erkannt wird, kann einige Zeit vergehen, bevor der Entwurf steht. Was aber, wenn sich in der Zwischenzeit herausstellt, dass viel mehr Wohnungen gebraucht werden – oder umgekehrt Städte schrumpfen –, weil vor allem in dünn besiedelten Regionen die Menschen in die wirtschaftlich attraktiveren Zentren abwandern? Beides kommt vor und hat wiederholt Anlass zum Nachdenken gegeben. Laufen die Planungen den gesellschaftlichen Entwicklungen hinterher? Oder sind sie nicht gründlich genug? Fehlen die richtigen Instrumente? Oder müsste die Planung flexibler aussehen? Solchen Fragen versuchte das 42. Wechselgespräch des BDA Baden-Württemberg nachzugehen, das unter dem Titel stand: „Planlos – schrumpfen oder wachsen?“

Reutlingen hat nach Aussage seiner Oberbürgermeisterin Barbara Bosch die Möglichkeiten der Innenverdichtung nahezu ausgereizt. Mit zunehmender Dichte schrumpfe aber der öffentliche Raum. „Keiner will seine Stadt unattraktiv machen“, betonte Bosch, die bis vor kurzem auch Präsidentin des baden-württembergischen Städtetags war. Aber die hohe Dynamik in der Bevölkerungsentwicklung zwingt zum Handeln. Und es sind nicht in erster Linie die Flüchtlinge, die Reutlingen Probleme bereiten: Zwei Drittel der Neuzugänge, so die Bürgermeisterin, sind Zuwanderer aus EU-Ländern in Osteuropa, die zudem eine hohe Geburtenrate verzeichnen. „Da kann man noch so schöne Pläne für eine integrierte Stadtentwicklung haben“, gab sie zu bedenken, der Bevölkerungsdruck zwingt dazu, schnell und preiswert viele Wohnungen hochzuziehen. Zudem führe die Niedrigzinspolitik dazu, dass kaum noch an Grundstücke heranzukommen sei, schon gar nicht zu erschwinglichen Preisen. Auf eigenen Grundstücken der Stadt Reutlingen entstehen zu 75 Prozent geförderte Wohnungen, davon ein Drittel Sozialwohnungen. Nun wären, in Verbindung mit einem durchdachten Einzelhandels- und Nahverkehrskonzept, die umliegenden Gemeinden gefragt. Aber die bieten ihre Grundstücke lieber den Häuslesbauern an, um Steuereinnahmen zu ergattern. An sich hält Bosch viel von interkommunaler Zusammenarbeit. Nur sie kann ihre Nachbarn zu nichts zwingen. Sie vermisst eine übergreifende Planung.

Martin zur Nedden hatte zuvor ein breites Spektrum an formellen und informellen Instrumenten Revue passieren lassen, die zur Planung in wachsenden oder schrumpfenden Regionen zur Verfügung stünden. Der Leiter des Deutschen Instituts für Urbanistik, mithin der wichtigsten Beratungsstelle für die Kommunen, früher selbst Stadtbaurat in Bochum und Leipziger Baubürgermeister, hätte mit seinem Wissen allein den Abend füllen können. Er monierte, dass Planungsinstrumente, die über Flächennutzungsplan und Bebauungsplan hinausreichen, zwar vorhanden seien, aber nicht immer zum Einsatz kämen. Milieuschutzsatzungen etwa seien nicht einfach anzuwenden. Durch den Stellenabbau in den

Ämtern seien Ressourcen verloren gegangen, auch was die Weitergabe von Wissen angeht. Die Bodenpolitik müsse wieder stärker im Sinne des Allgemeinwohls eingesetzt werden, etwa indem Städte ein Vorkaufsrecht in Anspruch nehmen, aber der politische Wille sei nicht immer vorhanden. Als einen vielversprechenden Weg aus der gegenwärtigen Misere von Flächenverbrauch und Fehlallokationen bezeichnete er die Weiterentwicklung der Grundsteuer zu einer Bodenwertsteuer. Als informelle Instrumente nannte er die Einbeziehung externer Experten sowie des Wissens und Engagements der Bürger zu einem frühen Zeitpunkt, an dem noch keine wesentlichen Entscheidungen getroffen sind. „Wir haben kein Erkenntnisdefizit“, so sein Fazit, „sondern ein Umsetzungsdefizit.“ Oder in Abwandlung des Bibelzitats: „Denn sie tun nicht, was sie wissen.“

War zur Nedden wegen des breiten Überblicks gefragt und Barbara Bosch als Vertreterin einer wachsenden Region, so kam mit Wilhelm Klauser ein Experte für Schrumpfungsprozesse, insbesondere im ländlichen Raum, zu Wort. Er sei auch, sogar „fürchterlich gern“ Architekt, bekannte der Inhaber des Büros Initialdesign, um dann mit Anschauungsbeispielen zu beschreiben, was ihn in seiner Arbeit vor allem interessiert, auch wenn es auf den ersten Blick wenig nach Architektur aussieht. Er fing an mit „Karls Erdbeerhof“, einer Mischung aus Freizeitpark und Einkaufszentrum für Landprodukte, 40 Kilometer westlich von Berlin. Derzeit entsteht nahe der Autobahnausfahrt Berlin-Spandau neben dieser größten Erdbeerplantage der Welt und einem Designer Outlet auch noch ein Logistikzentrum. Wenn im ländlichen Raum die Felder immer größer werden, wenn große Flächen mit Solaranlagen zugesperrt werden, ohne dass sich damit die Ziele des Energiewandels erreichen ließen: „Solche Dinge interessieren mich“, so Klauser etwas ominös. Um dann seit den Zeiten Napoleons Erfindungen, vom Konservieren von Lebensmitteln über den ersten Selbstbedienungsladen bis hin zu Tetrapack, Fax und Tabellenkalkulationsprogrammen Revue passieren zu lassen, die weltweite Strukturveränderungen und damit je nachdem Wachstums- oder Schrumpfungsprozesse hervorgerufen haben. Da Klauser sich nicht so gern in die Karten sehen lässt, blieb freilich etwas unklar, wie er im Einzelfall mit seinem Büro auf solche Veränderungen reagiert.

Moderator Christian Holl sah sich vor die Aufgabe gestellt, die riesigen angesprochenen Themengebiete wieder auf für Planer und Architekten zielführende Fragestellungen zurückzuführen. Hier war allerdings kaum Einigkeit zu erzielen. Antwortete Barbara Bosch auf die Frage „brauchen wir andere Instrumente?“ mit einem klaren Ja, da „Appelle allein nicht genügen“, so hatte Martin zur Nedden vorbildliche Beispiele aus dem Ruhrgebiet parat, wo die bestehenden durchaus gereicht hatten. Meinte Wilhelm Klauser, das „absolut zentralste“ sei: „wir müssen schneller werden“, so bremsten Bosch und zur Nedden mit dem Hinweis auf Qualität und Bürgerbeteiligung bis hin zu Verzögerungen durch Rechtsstreitigkeiten. Eine IBA Stuttgart und Region 2027 hält zur Nedden für eine gute Gelegenheit, „Dinge auszuprobieren“. Bosch forderte: „Wir brauchen größere Maßstäbe.“ Dem hielt zur Nedden entgegen, es sei seine feste Überzeugung, dass sowohl großräumige Planung als kleine Projekte gebraucht würden. Klauser warf den schönen Begriff „Smart Country“ in die Debatte. Einigen konnten sich die Beteiligten darauf, dass auch Großprojekte besser in überschaubaren, einzeln realisierbaren und einfach verhandelbaren Schritten geplant

werden sollten. Auf die Frage nach der Rolle der Architekten antwortete Barbara Bosch, sie könne nicht viel klagen: „Es gibt viel Bereitschaft, Stadt weiterzudenken.“